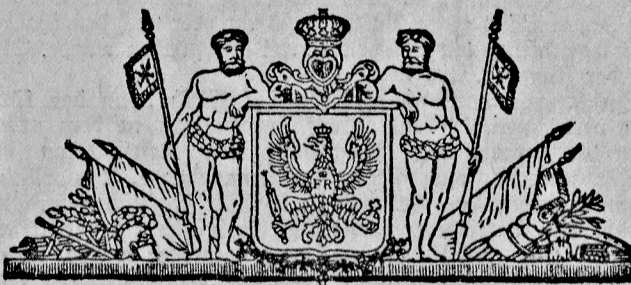


Vossische



Zeitung

12 Mark
Auswärts 15 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Kunst- und Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 400 Mark, unter Streifenband 520 Mark im Inland, 650 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 48 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 14 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 - 3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 8636 - 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Französische Umstellung im Orient?

Annäherung an England.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 1. November.

Die Antwort der Angoraregierung hat in Paris keinen günstigen Eindruck gemacht. Sie ist zurzeit Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen Paris und London.

In hiesigen politischen Kreisen wird dieser offiziöse Optimismus, soweit ich feststellen konnte, durchaus nicht geteilt. Man betrachtet die Antwort aus Angora als Bestätigung der schon früher geäußerten Befürchtung, daß die wahren Schwierigkeiten erst beim Friedensschluß und der endgültigen Regelung der Meerengenfrage beginnen werden.

Die Gegner der türkenfreundlichen Richtung versuchen, die hier vorherrschende Verstimmung über die Ansprüche der Kemalisten auszunutzen, um Regierung und Publikum zum Wenden von den Türken und zu gemeinsamem Vorgehen mit England im Orient zu gewinnen. Es läßt sich zur Stunde nicht mit Gewißheit sagen, in welchem Maße die Pariser Regierung zu einer Umstellung ihrer Orientpolitik bereit ist. Mit der Möglichkeit solcher Umstellung wird in hiesigen Kreisen ernstlich gerechnet.

Der ausgesprochen türkenfreundliche „Temps“ führt im Leitartikel aus, es sei falsch, die Angoranote als Annahme von Vorkäufen aufzufassen. Die Kemalisten hätten in den letzten Tagen zweimal den Wunsch geäußert, daß die Konferenz in Paris stattfinden solle. Es sei nicht ersichtlich, warum dieser Wunsch nicht erfüllt werde. Der Protest gegen die Einladung der Konstantinopeler Regierung sei sehr berechtigt. Es könne nur eine von Angora ernannte Delegation in Frage kommen. Die von England unterstüzte Bitte Belgiens um Zulassung zur Orientkonferenz bedeute keine Erleichterung der Lage. Mit gleichem Recht könne die Zulassung Polens gefordert werden. Der „Temps“ schlägt zum Schluß vor, einstweilen nur einen Präliminarfrieden mit Festsetzung der Grenzen und grundsätzlicher Verkündung der Meerengenfreiheit, grundsätzlicher Annahme von Maßnahmen zum Schutze der Minderheiten, der Fremden sowie der Gläubiger der Türkei zu schließen und den endgültigen Friedensvertrag sowie das Meerengenstatut dann in aller Ruhe auszuarbeiten.

Der Vorschlag des „Temps“ wird in hiesigen politischen Kreisen als ein „Versuchsballon“ aufgefaßt. Der „Temps“ hat im gestrigen Leitartikel die amerikanischen Kundgebungen zur Orientfrage scharf kritisiert und als eine Art von Wahlmanöver hingestellt. Diese Auffassung wird heute von der rechtsrepublikanischen „Republique française“, einem Organ der Regierungsmehrheit, entschieden zurückgewiesen.

Diese Polemik zwischen zwei einflussreichen Pariser Organen, die beide der Regierung nahestehen, beweist zur Genüge, daß Frankreich auch im Orient noch am Scheidewege steht. Die weltpolitische Bedeutung der bevorstehenden Entschlüsse wird hier scharf empfunden.

Jonnarts Reparationsforderungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 1. November.

Das „Journal des Débats“ veröffentlicht den Wortlaut von zwei Entschlüssen, die der Vorstand der demokratisch-sozialen Partei auf dem bevorstehenden Parteitag in Marseille beantragen wird. Diese Entschlüsse verdienen Beachtung, weil die von Senator Jonnart geleitete demokratisch-soziale Partei, die in Kammer und Senat viele auf verschiedene Fraktionen verteilte Anhänger zählt, den Kern der gegenwärtigen Regierungsmehrheit bildet und die äußere Politik des Kabinetts Poincaré fast vollständig mit dem Programm dieser linksrepublikanischen Sammelpartei deckt.

In der ersten Entschliessung, die ziemlich umfangreich ist und die allgemeine Politik Frankreichs behandelt, wird u. a. gefordert: im Neuen eine Friedenspolitik, die sich auf den Völkerverbund zur Ausführung der Verträge stützt, bei loyalen Festhalten an den Bündnissen, die Unabhängigkeit der französischen Politik sichert und sich bemüht, die Reparationsfrage durch Regelung der internationalen Schulden, durch die internationale Anleihe und durch einen kräftigen Druck auf Deutschland zu lösen.

Die zweite Entschliessung behandelt ausschließlich das Reparationsproblem und stellt folgende Forderung auf: Die Reparationsfrage soll möglichst bald aufs neue von den Verbündeten aufgerollt und von ihnen zwecks Erzielung einer Gesamteregelung geprüft werden. Die Regierung soll die von Frankreich gewünschten friedlichen Lösungen, nämlich den Schulden-

ausgleich unter den Verbündeten, die Mobilisierung der deutschen Schuld, die Emission von Anleihen auf der Grundlage ausreichender Pfänder, die Stabilisierung der Mark, die effektive Kontrolle der Reichsfinanzen, klar definieren. Die Regierung soll sich für den Fall, daß die Durchsetzung dieser Lösungen nicht gelingt, die Möglichkeit vorbehalten, ihre Handlungsfreiheit wieder zu nehmen und unverzüglich davon Gebrauch zu machen, um die Pfänder zu erfassen und die Zwangsmassnahmen zu treffen, die Frankreich dann allein noch gegen das völlige Entweichen seiner Schuldner schützen können.

Die Aussprache mit der Reparationskommission.

Sermes über die Markbefestigung.

Ueber die gestrigen Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission wird halbamtlich folgendes mitgeteilt: „In der Besprechung, die zwischen den Mitgliedern der Reparationskommission und den Delegierten der deutschen Regierung stattfand, entwickelte der Reichsminister der Finanzen seine Auffassung über die Umstände, die in Betracht gezogen werden müßten, wenn einer weiteren Verschlechterung der Mark nachhaltig und mit Erfolg entgegengetreten werden sollte, und die zugleich maßgebend sein würden, um ein richtiges Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt herzustellen. Die Verhandlungen werden heute nachmittag fortgesetzt.“

* Paris, 1. November.

Ueber den bisherigen Verlauf der Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission glauben einige Korrespondenten der Pariser Zeitungen zuverlässig folgendes mitteilen zu können:

Ueber ein Memorandum der Barzahlungen wolle die Reparationskommission, wenn überhaupt, so erst dann in Berlin verhandeln, wenn die vorausgehenden Fragen der Budgetreform, der Marktstabilisierung, der Kohlen- und Sachlieferungen usw. befriedigend geregelt seien. Am liebsten wäre es Barthou, wenn die Memorandumfrage in Berlin nur vorbereitet und erst in Brüssel entschieden werden sollte.

In den bisherigen Verhandlungen habe sich ein Unterschied der Methoden, die Deutschland und die der Reparationskommission vorschweben, gezeigt. Die deutschen Vorschläge halten es für die erste erforderliche Maßnahme einer Marktstabilisierung, daß Deutschland eine äußere Anleihe ermöglicht werde, während die Reparationskommission glaubt, daß die Marktstabilisierung zuerst von innen heraus, d. h. durch innere Budgetäre und andere Maßnahmen Deutschlands in Angriff genommen werden müsse, und daß erst nach verbindlicher Festlegung solcher Zusicherungen die äußeren Anleihemöglichkeiten erörtert werden können. Der Engländer Bradburn vertritt dabei seine Theorie, daß die Goldreserve der Reichsbank, die nach heutigem Kurs den ganzen deutschen Papiergeldumlauf „mehr als doppelt deckt“, in richtiger Dosierung zum Abbau der Inflation und zur Senkung der Devisenkurse und dadurch in der Folge zur Marktstabilisierung verwendet werden sollte. Es schwebt ihm dabei immer noch eine Dollarparität von etwa 1200 M. als der stabile Markkurs vor.

Fraffati demissioniert.

Das Vossische Telegraphische Büro meldet: Von der hiesigen italienischen Botschaft geht uns folgende Meldung zu:

Gleich nach der Bildung des neuen italienischen Kabinetts hat Seine Excellenz der italienische Botschafter in Berlin, Senator Fraffati, in Anbetracht der veränderten politischen Lage seine Demission beim Ministerium des Auswärtigen in Rom eingereicht.

Nach einer Savas-Meldung aus Rom hat Mussolini in Beantwortung der Demission des italienischen Botschafters in Paris Graf Sforza ein Telegramm zugehen lassen, in dem es u. a. heißt: „Ich muß Ihren Entschluß, zurückzutreten, bevor Sie mein außenpolitisches Programm kennen gelernt haben, als eine wenig freundschaftliche und zeitgemäße Handlung ansehen. Mein Programm auf dem Gebiet der Außenpolitik werde ich vor der Kammer auseinandersetzen, und es wird auf alle Fälle nicht eine Summe von Gefühlen und Empfindlichkeiten sein, wie Sie zu Unrecht annehmen. Ich fordere Sie in aller Form auf, im Amte zu bleiben und der Regierung, die im Augenblick den höchsten Ausbruch der nationalen Gefühle darstellt, keine Schwierigkeiten zu machen.“

(Siehe auch vierte Seite.)

Englands Partei für Sozialreform.

von
Dr. W. S. Edwards.

Als die englischen Parteien sich in diesem Frühjahr zuerst mit den Wahlvorbereitungen beschäftigten, hatte es den Anschein, als ob außenpolitische Probleme im Vordergrund des Wahlkampfes stehen würden. Die Arbeiterpartei und die Asquith-Liberalen wollten damals die Fragen: Ausbau des Völkerverbundes und Revision der Friedensverträge zu den wichtigsten Wahlparolen machen. Sie wollten Lloyd George als einen Vater der Friedensverträge und als einen Paten des „Völkerverbundes der Siegerstaaten“ für alle Unterlassungssünden verantwortlich machen, die er nach ihrer Ansicht in Versailles, in aufeinanderfolgenden Entente-Konferenzen und durch eine unzulängliche englische Vertretung in Genf begangen hatte, und die als Hauptursache der englischen Wirtschaftskrise angesehen werden sollten. Die Konservativen, die — wie Bonar Law jetzt selbst zugegeben hat und Curzon schon früher wiederholt andeutete — trotz ihres Verbleibens in der Koalition keineswegs mit Lloyd Georges Außenpolitik in der Reparationsfrage und in den Ostfragen einverstanden waren, haben diese Front der bisherigen Opposition zerbrochen. Bonar Law und Curzon kehren zur altbewährten Politik der Erhaltung des türkischen Pufferstaates zwischen Asien und Europa zurück, und in der Reparationsfrage scheinen sie bereit zu sein, der Opposition von gestern sachlich soweit entgegenzukommen, wie sich überhaupt mit der Aufrechterhaltung der Entente vereinbaren läßt.

Die tatsächlichen Führer im Wahlkampf der Arbeiterpartei haben zuerst aus dieser Geschichte „Entgiftung“ der außenpolitischen Probleme wichtige Folgerungen gezogen, die ihnen aus innerparteilichen Gründen äußerst willkommen waren. Der Wahlausruf der Arbeiterpartei hält zwar an der Forderung der Revision der Friedensverträge und des Ausbaus des Völkerverbundes fest, aber, wie schon rein äußerlich aus der ganzen Aufmachung hervorgeht, sind die wirtschaftspolitischen Programmforderungen zum eigentlichen Inhalt des Kampfes gemacht worden. Diese Abänderung des Aufmarsches bringt einen inneren Gegensatz innerhalb der englischen Arbeiterpartei zu einem Abschluß, den man in englischen Kreisen schlagwortartig dahin formuliert: „Die Theorien Sidney Webbs haben die Rücksichten Hendersons besiegt.“

Zum Verständnis dieses Schlagwortes muß daran erinnert werden, daß die englische Arbeiterpartei ursprünglich ihrem Wesen nach keine sozialistische Partei, sondern eine reine Klassen- und Interessenvertretung der gewerkschaftlich organisierten englischen Arbeiter gewesen ist. Die ersten Anfänge der englischen Arbeiterpartei datieren aus jenen Jahrzehnten, in denen die konservative Partei, deren christlich-sozialer Flügel in der Geschichte des englischen Parlaments zuerst die Interessen der Arbeiterschaft wahrgenommen hat — aus einem sozialen noblesse oblige heraus und unter dem Einfluß des positiven und evolutionären Konservatismus eines Disraeli — immer schwächer wurde und zum Schluß nach der Vereinigung des rechten Flügels der Liberalen mit den Konservativen im Jahre 1886 vollends gegenüber dem Einflusse der Schwerindustrie in der erweiterten unionistischen Partei unterlag.

Während die Liberalen aus der wirtschaftlichen Tradition des Manchesterismus heraus mit arbeiterfreundlichen Maßnahmen sehr zurückhaltend waren, und die unionistische Partei immer deutlicher als die Vertretung der Großgräber und der Großindustrie hervortrat, wuchsen ganz im Stillen in emsiger Organisationsarbeit die englischen Gewerkschaften zu imponierender Stärke heran. Die fortschrittliche Sozialpolitik Deutschlands in den achtziger Jahren, der Kampf um die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht, und die Förderung des Wohnungsbaues und der öffentlichen Hygiene zwangen die Arbeiterorganisationen dazu, sich nach geeigneten Mitteln zur Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder im Parlament umzusehen. Der linke Flügel der Liberalen Partei räumte ihnen einige „Konzessionsplätze“ ein, nahm auch gern Gewerkschaftsgelder zur Stärkung seines Wahlfonds an, ließ aber dann regelmäßig in entscheidenden Fraktionsitzungen die wenigen Arbeitervertreter bei der Feststellung der Stellungnahme der Fraktion zu aktuellen Arbeiterfragen überstimmen.

Aus diesen Erfahrungen heraus beschloßen die Gewerkschaftsführer, einige Persönlichkeiten aus ihrer Mitte als Kandidaten für das Unterhaus aufzustellen mit einem Aktionsprogramm, das mit wirtschaftstheoretischen Doktrinen nichts zu tun hatte, sondern ausschließlich brennende Gegenwartsfragen der Arbeiterschaft behandelte. Bei der Eigenart des englischen Wahlverfahrens, das ausschließlich auf ein Zweiparteiensystem zugeschnitten ist, in dem es keine Stichwahl gibt, sondern der Kandidat gewählt wird, der die höchste Stimmenzahl erhält, konnten diese Arbeiterkandidaten — er waren meistens die Führer der großen Gewerkschaften — bald ansehnliche Erfolge aufweisen. Als ihre Zahl bei aufeinanderfolgenden Wahlen größer wurde und die Arbeitervertreter im Unterhaus bald die Stärke einer ansehnlichen Fraktion erreichten, wählten sie einen Fraktionsvorstand, der